

reformierte presse

Nr. 50 • 16. Dezember 2005

Wochenzeitung der Evangelisch-reformierten Kirchen der deutschsprachigen Schweiz

SCHWEIZ

Steuer selber vergeben

Die «Ein-Prozent-Steuer» will die Vergabe von staatlichen Geldern an gemeinnützige Organisationen unterbinden. Stattdessen sollen die Steuerzahlenden entscheiden, wem sie eine Spende zukommen lassen möchten.

5

THEMA

Aktiv missionieren

Die Reformierten müssen wieder aktiv Mission betreiben. Dieser Meinung ist der Solothurner Synodalratspräsident Erich Huber, der sein Amt im Januar an Verena Enzler weitergibt.

6/7

MITTE

«Timotheus» sympathisch

Über eine halbe Million Menschen hat die Öffentlichkeitskampagne «Timotheus» im Aargau und in den beiden Basel erreicht. Die Plakate mit Fragen wie «Ist Luxus alles, woran Sie glauben?» weckten Sympathie; die Auswertung wirft aber auch Fragen auf.

8/9

RUBRIKEN

Apropos	2
Leserbriefe	2
Kultur/Bücher	10/11/13
Medienkritik	14
Palette	14/15
Impressum	2

NE: Gürtel enger schnallen und Prioritäten setzen

Die Evangelisch-reformierte Kirche Neuenburg muss ihr Budget bis im Jahr 2007 um 1,3 Millionen Franken kürzen. Entsprechend werden neue Prioritäten gesetzt, Leistungen angepasst, aber auch Angebote gestrichen.

Corina Fistarol

Die reformierte Neuenburger Synode sieht sich gezwungen, das Budget von insgesamt rund neun Millionen Franken bis ins Jahr 2007 um mindestens 1,3 Millionen zu kürzen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss konsequent gespart werden. Subventionen und Beiträge werden gestrichen, Stellen nicht mehr besetzt, es werden weniger traditionelle Gottesdienste abgehalten und Religionskurse an den Schulen abgeschafft. Denn die finanzielle Lage der Evangelisch-reformierten Kirche Neuenburg (Eren) sieht trister aus denn je. «Immer weniger Protestanten zahlen ihren Beitrag an die Kirche», versucht Synodalrat Gabriel Bader die düstere Finanzlage in der schon lange vom Staat getrennten welschen Kantonalkirche zu erklären.

«Der Beitrag ist freiwillig, dennoch kann sich jeder protestantisch nennen und die Leistungen der Kirche in Anspruch nehmen», erklärt Synodalrätin Jacqueline Lavoyer. Im Februar wird deshalb in Neuenburg darüber diskutiert, ob allenfalls Tarife für Protestanten erhoben werden sollen, die keine Beiträge bezahlen und dennoch kirchliche Leistungen in Anspruch neh-

men wollen. Denkbar wäre auch, die Finanzlage durch Spenden oder spezifische Beiträge etwa für Familien zu definieren.

Jedenfalls waren sich die Synodalen einig, dass sich die Kirche klarer und in der Öffentlichkeit sichtbarer profilieren muss. Ansonsten könne die Kirche bald gar nicht mehr auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder antworten, sagt Gabriel Bader. Diverse Studien belegten, dass europäische Kirchen generell kein klares Bild über ihre vielfältigen Aktivitäten vermitteln. Somit sei der Anreiz, die Mitgliedschaft in der Kirche zu finanzieren, gering.

Zwang und Chance

Die Sparmassnahmen werden aber auch als Chance wahrgenommen. «Zuerst einmal mussten wir definieren, was die Eren will, was sie bietet und wo Überschneidungen mit anderen kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen erkannt werden», erklärt Jacqueline Lavoyer. Dann erst habe die Synode darüber diskutiert, wo gespart werden soll. So wurde etwa beschlossen, die Diakonie trotz Spardruck auszubauen, systematische Pfarrbesuche hingegen abzuschaffen. Die Synodalrätin erwähnt, dass schon vor 15 Jahren ohne finan-

zielle Notlage über eine Attraktivitätssteigerung der Kirche diskutiert wurde.

Nach einer vierstündigen Diskussion hat sich die Synode vom 7. Dezember auf einige Angebote geeinigt, die dem geschälerten Budget zum Opfer fallen: Die Anzahl von Gottesdiensten muss zwar verringert werden, jedoch sollten sie auch differenzierter beziehungsweise kreativer gestaltet sein. Religionsstunden an den Schulen sollen wo möglich reduziert oder gar zugunsten von Programmen für Kinder und Jugendlichen in der Kirche abgeschafft werden.

Weiter möchte man die ökumenische Zusammenarbeit verstärken. Die Eren soll ausserdem von der Arbeit des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und der Konferenz der welschen Kirchen bestmöglich profitieren, um Doubletten zu vermeiden. Die Kirchgemeinden sollen sich in Zukunft vor allem auf die Aktivitäten konzentrieren, die sich mit der Kernmission der Neuenburger Kantonalkirche identifizieren lassen. Jacqueline Lavoyer erklärt: «Unser Ziel muss es sein, Gottes Gegenwart bewusst zu empfangen und zu bekunden, indem sie möglichst feierlich und freudig erhofft und erlebt wird.» ■

Ein Steuerprozent selber vergeben können

Die «Ein-Prozent-Steuer» will die Vergabe von staatlichen Geldern an gemeinnützige Organisationen unterbinden. Stattdessen sollen die Steuerzahlenden entscheiden, wem sie eine Spende zukommen lassen möchten. Gut arbeitende Organisationen sollen dadurch profitieren.

Corina Fistarol

«Wir wissen nicht, wie viel der Bund jährlich den Hilfswerken spendet», erklärt Dieter Leutwyler, Pressesprecher der eidgenössischen Finanzverwaltung. «Jedes Departement entscheidet selber über seinen Teil des staatlichen Beitrags.» Viele Millionen Schweizer Franken werden über die öffentliche Hand (Bund, Kantone und Gemeinden) auf verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NGO) verteilt. Die Kriterien sind unterschiedlich definiert. «Es bestehen oft grosse Ermessensspielräume bei der Verwaltung», erklärt der Ökonom Jürg de Spindler, der mit dem Historiker Dominik Feusi ein «Think-Tank»-Projekt zu diesem Thema ausgearbeitet hat.

Dieses schlägt vor, die Vergabe von staatlichen Geldern an NGO mit der «Ein-Prozent-Steuer» neu zu regeln. Die Idee dabei ist, dass die Steuerzahlenden ein Prozent des Steuerbetrags an gemeinnützige Organisationen ihrer Wahl leiten. Dieses Prozent wird nicht zusätzlich erhoben, sondern der ohnehin geschuldeten Steuer «entzogen» und direkt einer entsprechenden Organisation zugewiesen. Die NGO ihrerseits sollten direkt bei den Steuerpflichtigen statt bei den Verwaltungen um Gelder lobbyieren. De Spindler und Feusi erwarten, dass so erfolgreiche, effiziente und transparente Organisationen honoriert werden und gleichzeitig die Spendenbereitschaft erhöht würde, Letzteres vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Experimente.

Allein das Departement für Entwicklungszusammenarbeit vergibt jährlich rund 60 Millionen Franken. «58 Millionen davon gehen an wenige grosse Hilfswerke, die kleinen teilen sich die restlichen zwei Millionen», sagt Jürg de Spindler. Alliance Sud, die Arbeitsgemeinschaft der sechs grossen Schweizer Hilfswerke (Heks, Caritas, Helvetas, Swissaid, Fastenopfer und Brot für alle), vergleicht er mit einem Kartell, gegen das kleinere NGO kaum eine Chance hätten. «Gerade lokal bekannte Organisationen bekämen mit der Ein-Prozent-Steuer Aufwind», meint de Spindler.

Kontrolle durch Interesse

«Es würde sich für die Organisationen lohnen, genauer zu informieren, wofür das Geld ausgegeben wird, da nur so das finanzielle Engagement der Steuerzahlenden gefördert werden kann.» Zudem sei die Kontrolle der Gelder besser gewährleistet, weil sich die Leute dafür interessieren, was mit ihren Geldern passiert.

Der Ökonom und der Historiker plädieren also für eine transparentere Handhabung dieser grossen Geldsumme und schlagen mit der «Ein-Prozent-Steuer» einen anderen Zuteilungsmechanismus vor, ohne dass das zu verteilende Geldvolumen an sich in Frage gestellt wird. Es geht dabei nicht um multilaterale oder bilaterale Hilfe des Bundes, die sich aus Mitgliedschaften und gesetzlichen Aufträgen ergibt, sondern ausschliesslich

um die direkte Hilfe für gemeinnützige Organisationen. Die Idee ist nicht neu und bereits praxiserprobt.

Seit 1997 werben die ungarischen NGO um die Gunst der Steuerzahlenden. Wenn diese von der Möglichkeit der «Ein-Prozent-Steuer» Gebrauch machen wollen, schreiben sie die begünstigte Organisation auf einen Talon. Die Organisation erhält die Spende direkt vom Steueramt. In Ungarn wurde der Tätigkeitsbereich von begünstigten Organisationen weit gefasst. So können soziale Organisationen ebenso profitieren wie kulturelle Institutionen, Umweltverbände ebenso wie Breitensportaktivitäten, Wissenschaft genauso wie Bibliotheken. 2003 benutzten rund 30 Prozent der Steuerzahlenden diese Möglichkeit. Das Steuerprozent der restlichen 70 Prozent der Bevölkerung floss in die Staatskasse und war somit wie die übrigen Steuergelder Gegenstand der parlamentarischen Debatte.

Jürg de Spindler und Dominik Feusi sind überzeugt, dass die Bevölkerung gut entscheiden kann, welche Organisationen unterstützt werden sollen. Parlamentarier könnten dagegen durch das professionelle Lobbying der Organisationen stark beeinflusst werden. Dazu de Spindler: «Wenn eine NGO ein gutes Projekt hat, transparent arbeitet und die Gelder effizient einsetzt, soll sie ebenso eine Chance auf direkte Hilfsgelder haben wie jene Hilfswerke, die heute aus traditionellen Gründen profitieren.» ■

KURZ

PFARRSTELLEN-ABBAU

Rund 25 reformierte Pfarrstellen im Kanton Bern werden (wie schon länger bekannt ist) abgebaut. Nun ist die entsprechende Anpassung vom Regierungsrat genehmigt worden. Für eine volle Pfarrstelle braucht es neu statt 1000 mindestens 1100 Kirchenmitglieder. Maximal wird mit bis zu 2400 Kirchenmitgliedern pro Vollstelle gerechnet, knapp zehn Prozent mehr als bisher. Diese Anpassungen bringen dem Kanton Bern Einsparungen von jährlich rund vier Millionen Franken, wie es in einer Mitteilung des Amts für Information heisst.

Die Änderung der Verordnung ermöglicht aber auch Verbesserungen bei der Betreuung in grossen Alters- und Pflegeheimen: Kirchengemeinden mit Heimen ab 100 Bewohnern erhalten zusätzliche Stellenprozente für die Seelsorge. Neu können Pfarrstellen auf mehrere Kirchengemeinden aufgeteilt werden.

RNA/sda

SCHUTZ DES SONNTAGS

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) begrüsst den Entscheid des Nationalrats, einer völligen Liberalisierung der Beschäftigungsmöglichkeit am Sonntag nicht zuzustimmen. Damit habe das Parlament den knappen Ausgang der Abstimmung vom 27. November berücksichtigt. Für die Wahrung des Sonntags als Kulturgut und Tag zur Pflege der sozialen Beziehungen will sich der SEK auch in Zukunft einsetzen.

RNA

AUS FÜR «FRAUENBUNT»

Die Zeitschrift «frauenbunt» des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds wird eingestellt: Mit Papierblumen auf dem Titelblatt der 61. Ausgabe hat sie sich von ihren Leserinnen verabschiedet.

RNA